-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 37 SF 298/21 EK AS
Datum	20.01.2023

3. Instanz

Datum	11.06.2024

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 20.Â Januar 2023 geÃ¤ndert und die Klage vollstÃ¤ndig abgewiesen.

Der KlÃ¤ger hat die Kosten des Verfahrens in beiden RechtszÃ¼gen in voller HÃ¶he zu tragen.

Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren wird auf 300Â Euro festgesetzt.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Der KlÃ¤ger begehrt die Zahlung einer weiteren EntschÃ¤digung wegen unangemessener Dauer des vor dem SG Berlin (Ausgangsgericht) zuletzt unter dem

Aktenzeichen SÂ 201Â AS 5133/18Â WA gefÃ¼hrten Verfahrens auf Zuerkennung von Grundsicherungsleistungen.

2
Der KlÃ¤ger ist griechischer StaatsangehÃ¶riger. Er beanspruchte mit seiner im November 2012 erhobenen Klage im Rahmen eines Ãberprüfungsverfahrens ArbeitslosengeldÂ II fÃ¼r die erste HÃ¤lfte des Jahres 2012, nachdem das beklagte Jobcenter die LeistungsgewÃ¤hrung abgelehnt hatte, weil er von Leistungen nach dem SGBÂ II ausgeschlossen sei. Nach zweimaliger statistischer Erledigung der Klage wurde das Verfahren unter dem Aktenzeichen SÂ 201Â AS 5133/18Â WA erneut eingetragen. Einen vom Ausgangsgericht Mitte Dezember 2019 telefonisch angebotenen Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung fÃ¼r Februar 2020 lehnte der ProzessbevollmÃ¤chtigte des KlÃ¤gers wegen Verhinderung ab. Im MÃ¤rz 2021 erhob der KlÃ¤ger VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge. Im Mai 2021 beraumte das Ausgangsgericht einen Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung auf den 22.6.2021 an. Das Klageverfahren wurde durch Urteil vom selben Tag mit Verurteilung des zwischenzeitlich beigeladenen Landes zur GewÃ¤hrung von Leistungen nach dem SGBÂ XII beendet. Das Urteil wurde dem KlÃ¤ger noch im selben Monat zugestellt.

3
AuÃergerichtlich machte der KlÃ¤ger beim Beklagten einen EntschÃ¤digungsanspruch in HÃ¶he von 1400Â Euro geltend und berief sich auf Phasen der gerichtlichen InaktivitÃ¤t von insgesamt 26Â Kalendermonaten, und zwar von Februar 2019 bis Januar 2020 (zwÃ¶lf Monate) und von April 2020 bis Mai 2021 (14Â Monate). Der Beklagte erkannte lediglich einen EntschÃ¤digungsanspruch in HÃ¶he von 900Â Euro an. Dabei ging er von Zeiten gerichtlicher InaktivitÃ¤t von Februar bis November 2019 (zehn Monate) sowie von Juni 2020 bis April 2021 (elf Monate) aus und billigte dem Ausgangsgericht â□□Â ebenso wie der KlÃ¤gerÂ â□□ eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwÃ¶lf Monaten zu.

4
Die im Dezember 2021 erhobene EntschÃ¤digungsklage hat der KlÃ¤ger mit der â□□SchlieÃungâ□□ des Ausgangsgerichts wÃ¤hrend des ersten Corona-Lockdowns in der Zeit von MÃ¤rz bis Mai 2020 begrÃ¼ndet. Zwischen den Beteiligten sei allein noch streitig, ob dies eine zusÃ¤tzliche unangemessene VerzÃ¶gerung darstelle. Er habe Anspruch auf EntschÃ¤digung in HÃ¶he â□□weiterer mindestens 300Â Euroâ□□. Er halte wegen der vorsÃ¤tzlichen VerfahrensverzÃ¶gerung durch das von der Gerichtsleitung veranlasste dreimonatige Herunterfahren des Dienstbetriebs eine hÃ¶here monatliche EntschÃ¤digung als den Pauschbetrag fÃ¼r angemessen, und zwar 200Â Euro pro Monat.

5
Das EntschÃ¤digungsgericht hat den Beklagten zur Zahlung einer weiteren EntschÃ¤digung von 300Â Euro verurteilt, im Ãbrigen aber die Klage abgewiesen. Die InaktivitÃ¤t wÃ¤hrend der ersten Welle der Corona-Pandemie von MÃ¤rz bis Mai 2020 sei keine dem Ausgangsgericht zuzurechnende VerzÃ¶gerungszeit. Das Verfahren habe sich aber um vier andere Monate entschÃ¤digungspflichtig

verzÃ¶gert, und zwar im April 2016, im Januar 2019 sowie im Januar und Februar 2020. Diese VerzÃ¶gerung sei im eingeklagten Umfang von drei Monaten zu berÃ¼cksichtigen, obwohl der KlÃ¤ger diese Monate nicht anspruchsbegrÃ¼ndend geltend gemacht habe. Streitgegenstand sei ein EntschÃ¤digungsanspruch wegen unangemessener Dauer des vor dem Ausgangsgericht gefÃ¼hrten Verfahrens. Welche konkreten Monate innerhalb einer Instanz zur Annahme unangemessener Verfahrensdauer fÃ¼hrten, sei lediglich ein BegrÃ¼ndungs- oder Berechnungselement, betreffe jedoch nicht den Klagegrund und Ã¤ndere damit nicht den Streitgegenstand (Urteil vom 20.1.2023).

6
Mit der Revision rÃ¼gt der Beklagte die Verletzung des Â§Â 123 SGG. Das EntschÃ¤digungsgericht sei bei der Entscheidungsfindung an das Begehren des KlÃ¤gers gebunden und nicht befugt gewesen, Ã¼ber nicht geltend gemachte Zeiten gerichtlicher InaktivitÃ¤t zu entscheiden. Zu Unrecht vom KlÃ¤ger beanspruchte ZeitrÃ¤ume kÃ¶nnten nicht mit anderen ZeitrÃ¤umen verrechnet werden, die von seinem Klagebegehren nicht umfasst seien, selbst wenn das EntschÃ¤digungsgericht meine, ihm stehe fÃ¼r diese ZeitrÃ¤ume materiell-rechtlich eine EntschÃ¤digung zu. AuÃerdem sei dem EntschÃ¤digungsgericht der Streitgegenstand bereits durch das vorprozessuale Teilanerkenntnis teilweise entzogen.

7
Der Beklagte beantragt,
das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 20.Â Januar 2023 abzuÃ¤ndern und die Klage insgesamt abzuweisen.

8
Der KlÃ¤ger beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

9
Er beruft sich auf die GrÃ¼nde des angefochtenen Urteils.

II

10
Die zulÃ¤ssige Revision des Beklagten ist begrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG). Das Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts beruht auf einer Verletzung von Bundesrecht (Â§Â 162 SGG) und stellt sich auch nicht aus anderen GrÃ¼nden als richtig dar (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGG). Der Senat kann insoweit auf Grundlage der tatsÃ¤chlichen Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts (Â§Â 163 SGG) in der Sache selbst entscheiden und unter AbÃ¤nderung des angefochtenen Urteils die EntschÃ¤digungsklage des KlÃ¤gers insgesamt abweisen.

11
Das EntschÃ¤digungsgericht hat zu Unrecht entschieden, dass dem KlÃ¤ger nach Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG ein Anspruch auf EntschÃ¤digung in HÃ¶he weiterer

300Â Euro wegen unangemessener Dauer des von ihm vor dem Ausgangsgericht zuletzt unter dem Aktenzeichen SÂ 201Â AS 5133/18Â WA gefÃ¼hrten Klageverfahrens zusteht. Der vom Beklagten formgerecht gerÃ¼gte Verfahrensfehler der Verletzung des Â§Â 123 SGG liegt vor. Das EntschÃ¤digungsgericht hat den Streitgegenstand verkannt und dem KlÃ¤ger eine EntschÃ¤digung wegen Ã¼berlanger Verfahrensdauer fÃ¼r ZeitrÃ¤ume zugesprochen, die dieser mit seiner Klage nicht geltend gemacht hatte (dazu unter 1.) Das angefochtene Urteil stellt sich auch nicht aus anderen GrÃ¼nden als richtig dar. Insofern ist das EntschÃ¤digungsgericht zu Recht davon ausgegangen, dass dem KlÃ¤ger fÃ¼r die Monate MÃ¤rz bis Mai 2020 (erster Corona-Lockdown) keine EntschÃ¤digung zusteht. Auf Grundlage der diesbezÃ¼glichen tatsÃ¤chlichen Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts (Â§Â 163 SGG) konnte der Senat in der Sache selbst entscheiden und die EntschÃ¤digungsklage insgesamt abweisen (dazu unter 2.).

12
Die zulÃ¤ssige EntschÃ¤digungsklage des KlÃ¤gers ist unbegrÃ¼ndet.

13
Nach Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG iVm Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1Â GVG wird angemessen entschÃ¤digt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens als Verfahrensbeteiligter einen Nachteil erleidet. Ein solcher Anspruch steht dem KlÃ¤ger zwar wegen des vor dem Ausgangsgericht gefÃ¼hrten Klageverfahrens zu; allerdings nicht fÃ¼r die hier allein streitgegenstÃ¤ndlichen Monate MÃ¤rz bis Mai 2020.

14
1. Entgegen der Rechtsansicht des KlÃ¤gers und des EntschÃ¤digungsgerichts beschrÃ¤nkt sich der Streitgegenstand des EntschÃ¤digungsklageverfahrens auf die Monate MÃ¤rz bis Mai 2020. Der Beklagte rÃ¼gt insoweit zu Recht eine Verletzung des Â§Â 123Â SGG. Das EntschÃ¤digungsgericht durfte die von ihm als entschÃ¤digungspflichtig angenommenen VerzÃ¶gerungsmonate April 2016, Januar 2019 sowie Januar und Februar 2020 einer Verurteilung des Beklagten nicht zugrunde legen.

15
Denn der KlÃ¤ger hat sein EntschÃ¤digungsbegehren und damit den Streitgegenstand dem Grunde und der HÃ¶he nach auf die drei VerzÃ¶gerungsmonate im ersten Corona-Lockdown von MÃ¤rz bis Mai 2020 beschrÃ¤nkt (dazu unter a). Dies ergibt sich aus der Auslegung der Klageschrift, zu der auch der Senat in vollem Umfang berechtigt ist. Danach ist das Klagebegehren des KlÃ¤gers so zu verstehen, dass es sich ausschlieÃlich auf eine EntschÃ¤digung fÃ¼r die VerzÃ¶gerung des Ausgangsverfahrens in den Monaten MÃ¤rz bis Mai 2020 bezieht (dazu unter b). Das EntschÃ¤digungsgericht durfte deshalb die Verurteilung des Beklagten zur EntschÃ¤digungszahlung nicht auf die von ihm als entschÃ¤digungspflichtig angenommenen VerzÃ¶gerungsmonate April 2016, Januar 2019 sowie Januar und Februar 2020 stÃ¼tzen (dazu unter c).

16
a) Der Streitgegenstand bestimmt sich in EntschÃ¤digungsklageverfahren nicht nur durch den Klageantrag, sondern auch durch den Klagegrund, also den Lebenssachverhalt, aus dem der KlÃ¤ger die von ihm begehrte Rechtsfolge ableitet (vgl BGH Urteil vom 15.12.2022 â□□Â IIIÂ ZR 192/21Â â□□ BGHZ 236, 10 â□□Â juris RdNrÂ 73; zum zweigliedrigen sozialgerichtlichen Streitgegenstandsbegriff vgl auch BSG Urteil vom 26.3.2014 â□□Â BÂ 10Â EG 2/13Â RÂ â□□ juris RdNrÂ 9). Dies ist Folge der auch fÃ¼r das sozialgerichtliche Verfahren maÃ□gebenden Dispositionsmaxime nach Â§Â 123 SGG, wonach das Gericht Ã¼ber die vom KlÃ¤ger erhobenen AnsprÃ¼che entscheidet, ohne an die Fassung seiner AntrÃ¤ge gebunden zu sein.

17
Der EntschÃ¤digungsanspruch fÃ¼r immaterielle Nachteile aus Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 und ggf SatzÂ 4 GVG (1200Â Euro fÃ¼r jedes Jahr der VerzÃ¶gerung und ggf bei Unbilligkeit im Einzelfall ein hÃ¶herer oder niedrigerer Betrag) ist zeitbezogen geltend zu machen, wodurch zugleich der Streitgegenstand des Verfahrens festgelegt wird (BGH Urteil vom 15.12.2022 â□□Â IIIÂ ZR 192/21Â â□□ BGHZ 236, 10 â□□Â juris RdNrÂ 79). Nach Ã¼bereinstimmender Rechtsprechung der obersten GerichtshÃ¶fe des Bundes ist es einem EntschÃ¤digungsklÃ¤ger deshalb zuzumuten, sich in seinem Klageantrag auf die Annahme einer bestimmten Dauer der VerzÃ¶gerung festzulegen und seinen Antrag danach auszurichten (vgl BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 41500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 14; BGH Urteil vom 15.12.2022, aaO RdNrÂ 74; BFH Urteil vom 6.6.2018 â□□Â XÂ K 2/16Â â□□ juris RdNrÂ 54; BFH Urteil vom 12.7.2017 â□□Â XÂ K 3-7/16Â â□□ BFHE 259, 393 â□□Â juris RdNrÂ 52, jeweils mwN). Ein EntschÃ¤digungsklÃ¤ger muss daher die fÃ¼r die Bemessung der HÃ¶he des Anspruchs erforderlichen Tatsachen benennen und die GrÃ¶Ã□enordnung der geltend gemachten EntschÃ¤digung (etwa einen Mindestbetrag) angeben (BSG Urteil vom 13.12.2018, aaO RdNrÂ 14; BGH Urteil vom 23.1.2014 â□□Â IIIÂ ZR 37/13 Â â□□ BGHZ 200, 20 â□□Â juris RdNrÂ 56; BVerwG Urteil vom 26.2.2015 â□□Â 5Â C 5/14Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 15; BFH Urteil vom 12.7.2017, aaO RdNrÂ 52). Er braucht sich jedoch nicht auf bestimmte Verfahrensabschnitte des Ausgangsverfahrens, geschweige denn auf einzelne Kalendermonate der VerzÃ¶gerung zeitlich zu fixieren. Tut er dies dennoch, begrenzt er nach Â§Â 123Â SGG den Streitgegenstand und damit den zulÃ¤ssigen Entscheidungsumfang des EntschÃ¤digungsgerichts.

18
b) Eine solche Begrenzung des Streitgegenstands hat der KlÃ¤ger vorgenommen, indem er sein EntschÃ¤digungsbegehren dem Grunde und der HÃ¶he nach auf die Monate MÃ¤rz bis Mai 2020 beschrÃ¤nkt hat. Allein diese Monate hat er zur BegrÃ¼ndung seines bezifferten Klageantrags in HÃ¶he weiterer mindestens 300Â Euro in der Klageschrift angefÃ¼hrt und dies ausweislich des Sitzungsprotokolls in der mÃ¼ndlichen Verhandlung vor dem EntschÃ¤digungsgericht nochmals bekrÃ¤ftigt.

19
Das Gericht entscheidet nach Â§Â 123 SGG Ã¼ber die vom

EntschÃ¤digungsklÃ¤ger erhobenen AnsprÃ¼che, ohne an die Fassung seiner AntrÃ¤ge gebunden zu sein. Das Gewollte, also das mit der Klage verfolgte Prozessziel, ist dabei im Wege der Auslegung festzustellen (BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 41500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 17). ProzesserklÃ¤rungen â□□Â wie der den Streitgegenstand bestimmende KlageantragÂ â□□ unterliegen im vollen Umfang der gerichtlichen Ã□berprÃ¼fung durch das Revisionsgericht (BSG Urteil vom 12.12.2023 â□□Â BÂ 1Â KR 17/22Â R Â â□□ juris RdNrÂ 13). Es besteht insoweit auch keine Bindung an die von den Tatsachengerichten vorgenommene Auslegung oder die dafÃ¼r herangezogenen Feststellungen. In entsprechender Anwendung der Auslegungsregel des Â§Â 133 BGB ist der wirkliche Wille zu erforschen. Dabei sind nicht nur der Wortlaut, sondern auch die sonstigen UmstÃ¤nde des Falls, die fÃ¼r das Gericht und die anderen Beteiligten erkennbar sind, zu berÃ¼cksichtigen, insbesondere der Inhalt der Gerichts- und Verwaltungsakten. Im Zweifel ist davon auszugehen, dass der KlÃ¤ger unter BerÃ¼cksichtigung des MeistbegÃ¼nstigungsprinzips alles begehrt, was ihm aufgrund des Sachverhalts rechtlich zusteht (vgl BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 41500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 17 mwN).

20
Nach diesen MaÃ□stÃ¤ben ist das Klagebegehren des KlÃ¤gers so zu verstehen, dass es sich ausschlieÃ□lich auf eine EntschÃ¤digung fÃ¼r die VerzÃ¶gerung des Ausgangsverfahrens in den Monaten MÃ¤rz bis Mai 2020 bezieht. Dies ergibt sich aus der Klageschrift vom 20.12.2021, die den Hinweis enthÃ¤lt, geltend gemacht werde â□□eine weitere EntschÃ¤digung fÃ¼r die Monate MÃ¤rz bis Mai 2020â□□. â□□Streitigâ□□ sei â□□alleinâ□□, ob die â□□SchlieÃ□ungâ□□ des Ausgangsgerichts in dieser Zeit wegen des ersten Corona-Lockdowns eine unangemessene VerzÃ¶gerung begrÃ¼nde. Auch in der mÃ¼ndlichen Verhandlung vor dem EntschÃ¤digungsgericht am 20.1.2023 hat der ProzessbevollmÃ¤chtigte des KlÃ¤gers ausweislich des Sitzungsprotokolls nochmals bekrÃ¤ftigt, dass es â□□hier um den Zeitraum von MÃ¤rz bis Mai 2020â□□ gehe. Dieses Klagebegehren erklÃ¤rt sich aus dem Ergebnis der vorgerichtlichen Verhandlungen zwischen den Beteiligten und dem vom Beklagten abgegebenen Teilanerkenntnis. Damit hat der Beklagte anerkannt, dass das Ausgangsverfahren von Februar 2019 bis November 2019 und von Juni 2020 bis April 2021 nicht bearbeitet worden ist. Hingegen ist der Beklagte der Rechtsansicht des KlÃ¤gers entgegengetreten, auch die VerzÃ¶gerung in den Monaten MÃ¤rz bis Mai 2020 sei ihm zuzurechnen und fÃ¼hre zu einem (weiteren) EntschÃ¤digungsanspruch. Dieser Argumentation des Beklagten hat der KlÃ¤ger bei Klageerhebung abermals ausdrÃ¼cklich widersprochen. Das dreimonatige Herunterfahren des Dienstbetriebs am Ausgangsgericht wÃ¤hrend des ersten Corona-Lockdowns sei unangemessen gewesen. Angesichts dieser â□□vorsÃ¤tzlichen VerfahrensverzÃ¶gerungâ□□ und der fehlenden Einsicht des Beklagten sei sogar eine Anhebung der monatlichen EntschÃ¤digung von regelhaft 100Â Euro auf 200Â Euro pro Monat â□□ also insgesamt weitere 600Â Euro â□□ angemessen. Von diesem Begehren ausgehend hat der KlÃ¤ger seinen Klageantrag insoweit folgerichtig auch als Mindestforderung (in HÃ¶he â□□weiterer mindestens 300Â Euroâ□□) formuliert und die aus seiner Sicht fÃ¼r die ErmessensausÃ¼bung des Gerichts nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 4 GVG maÃ□geblichen tatsÃ¤chlichen Grundlagen und die GrÃ¶Ã□enordnung des festzusetzenden (hÃ¶heren) Anspruchs

als die Regelpauschale benannt (vgl zur ZulÃ¤ssigkeit insoweit BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 41500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 14; BGH Urteil vom 23.1.2014 â□□Â IIIÂ ZR 37/13Â â□□ BGHZ 200, 20 â□□Â juris RdNrÂ 56).

21
Der Senat kann dahinstehen lassen, ob der KlÃ¤ger im Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung vor dem EntschÃ¤digungsgericht â□□Â einem richterlichen Hinweis folgendÂ â□□ seine Klage auf andere Monate des Ausgangsverfahrens erweitert hat. Eine solche nachtrÃ¤gliche Ã□nderung des Klagegrunds wÃ¼rde eine KlageÃ¤nderung iS des Â§Â 99 AbsÂ 1 SGG darstellen. UnabhÃ¤ngig von der Frage, ob diese prozessual zulÃ¤ssig gewesen wÃ¤re, weil sich der Beklagte auf die neue Klage rÃ¼gelos eingelassen hÃ¤tte (Â§Â 99 AbsÂ 2 SGG), ist dann aber nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BSG Ã¼ber die ZulÃ¤ssigkeit der geÃ¤nderten Klage zu entscheiden. Infolgedessen mÃ¼ssen fÃ¼r die geÃ¤nderte Klage sÃ¤mtliche Sachurteilsvoraussetzungen vorliegen (vgl zB BSG Urteil vom 23.4.2015 â□□Â BÂ 5Â RE 23/14Â RÂ â□□ BSGE 118, 294 =Â SozR 42600 Â§Â 2 NrÂ 20, RdNrÂ 12; Guttenberger in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, Â§Â 99 RdNrÂ 55Â f, mwN). Hierzu gehÃ¶rt auch die Klagefrist (vgl LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 17.2.2021 â□□Â LÂ 37Â SF 123/20Â EKÂ ASÂ â□□ juris RdNrÂ 14). Zumindest daran fehlte es hier. Denn die im Protokoll der mÃ¼ndlichen Verhandlung festgehaltene ErklÃ¤rung des KlÃ¤gers, das EntschÃ¤digungsgericht sei â□□nicht daran gehindert, Ã¼ber andere als seitens des KlÃ¤gers ausdrÃ¼cklich geltend gemachte Monate zu entscheidenâ□□, konnte jedenfalls die Klagefrist des Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 2 GVG (spÃ¤testens sechs Monate nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung des Ausgangsgerichts) nicht mehr wahren. Bei der Klagefrist des Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 2 GVG handelt es sich um eine nicht wiedereinsetzungsfÃ¤hige materiell-rechtliche Ausschlussfrist (BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/17Â RÂ â□□ SozR 41710 ArtÂ 23 NrÂ 5 RdNrÂ 22 und 29; BSG Urteil vom 10.7.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/13Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 12; BSG Beschluss vom 19.12.2019 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/19Â RHÂ â□□ juris RdNrÂ 8), nach deren Ablauf materiell eine Verwirkung des EntschÃ¤digungsanspruchs eintritt (vgl BFH Urteil vom 20.3.2019 â□□Â XÂ K 4/18Â â□□ BFHE 263, 498 â□□Â juris RdNrÂ 43; OLG Karlsruhe Urteil vom 1.10.2013 â□□Â 23Â SchH 13/12 EntV, 23 SchH 13/12 Â â□□ juris RdNrÂ 16; Ott in SteinbeiÃ□-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 255).

22
c) Nach alledem hat der KlÃ¤ger sein EntschÃ¤digungsbegehren fÃ¼r eine weitergehende Verurteilung des Beklagten dem Grunde und der HÃ¶he nach auf die drei VerzÃ¶gerungsmonate im ersten Corona-Lockdown von MÃ¤rz bis Mai 2020 beschrÃ¤nkt. Damit hat er den Streitgegenstand und den Entscheidungsumfang des Gerichts gemÃ¤Ã□ Â§Â 123 SGG fÃ¼r das EntschÃ¤digungsverfahren verbindlich festgelegt und begrenzt. Das EntschÃ¤digungsgericht durfte die von ihm als entschÃ¤digungspflichtig angenommenen VerzÃ¶gerungsmonate April 2016, Januar 2019 sowie Januar und Februar 2020 einer Verurteilung des Beklagten zur EntschÃ¤digungszahlung nicht zugrunde legen, weil diese von dem Begehren des KlÃ¤gers nicht umfasst waren (vgl BGH Urteil vom 15.12.2022 â□□Â IIIÂ ZR 192/21

Â â□□ BGHZ 236, 10 â□□Â juris RdNrÂ 79).

23
2. Das angefochtene Urteil stellt sich auch nicht aus anderen GrÃ¼nden als richtig dar (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGG). Der hier allein streitgegenstÃ¤ndliche Anspruch auf Zahlung einer EntschÃ¤digung fÃ¼r die VerzÃ¶gerung des Ausgangsverfahrens in den Monaten MÃ¤rz bis Mai 2020 steht dem KlÃ¤ger nicht zu. Zwar hat der KlÃ¤ger im Ausgangsverfahren ordnungsgemÃ¤Ã□ VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben (dazu unter a). Zutreffend gehen der Beklagte und das EntschÃ¤digungsgericht aber davon aus, dass die mit dem ersten Corona-Lockdown einhergehende VerfahrensverzÃ¶gerung von MÃ¤rz bis Mai 2020 nicht dem staatlichen Verantwortungsbereich zuzuordnen ist. Sie ist daher entschÃ¤digungsrechtlich irrelevant. Dabei ist nach Ansicht des Senats in diesem Zeitabschnitt nicht zwischen EinschrÃ¤nkungen des Sitzungs- und des sonstigen GeschÃ¤ftsbetriebs der Sozialgerichte zu unterscheiden. Erfasst werden vielmehr VerzÃ¶gerungen jeglicher Art (dazu unter b).

24
a) Der KlÃ¤ger hat beim Ausgangsgericht am 16.3.2021 wirksam VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben. EntschÃ¤digung erhÃ¤lt ein Verfahrensbeteiligter nach Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG nur, wenn er bei dem Ausgangsgericht die Dauer des Verfahrens gerÃ¼gt hat. Die VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge kann erst erhoben werden, wenn Anlass zur Besorgnis besteht, dass das Verfahren nicht in angemessener Zeit abgeschlossen wird (Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 GVG). Eine solche Besorgnis der VerzÃ¶gerung lag aus der maÃ□geblichen ex-ante Perspektive eines verstÃ¤ndigen RÃ¼gefÃ¼hrers hier vor (vgl hierzu BSG Urteil vom 9.3.2023 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/21Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 23 RdNrÂ 28Â f). Denn zum Zeitpunkt der Erhebung der VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge im MÃ¤rz 2021 dauerte das Verfahren bereits 101Â Monate und nach dem gescheiterten Versuch einer Terminierung durch das Ausgangsgericht im Dezember 2019 war fÃ¼r den KlÃ¤ger nicht absehbar, wann mit einem Fortgang und einer Entscheidung des Verfahrens zu rechnen war.

25
b) Zutreffend ist das EntschÃ¤digungsgericht davon ausgegangen, dass die von ihm festgestellte InaktivitÃ¤tszeit in der ersten Phase der Corona-Pandemie nicht dem Ausgangsgericht anzulasten ist. Denn die mit dem ersten Corona-Lockdown einhergehenden VerfahrensverzÃ¶gerungen im Zeitraum von MÃ¤rz bis Mai 2020 sind nicht dem staatlichen Verantwortungsbereich zuzuordnen und deshalb dem Beklagten fÃ¼r die Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer gemÃ¤Ã□ Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG nicht zuzurechnen. Dies gilt fÃ¼r diesen Zeitabschnitt unterschiedslos und generell fÃ¼r coronabedingte VerzÃ¶gerungen sowohl im Sitzungs- als auch fÃ¼r den sonstigen GeschÃ¤ftsbetrieb der Sozialgerichte. Erfasst werden VerzÃ¶gerungen jeglicher Art.

26
Dass UmstÃ¤nde auÃ□erhalb des staatlichen Verantwortungsbereichs, die das Verfahren verlÃ¤ngern, keinen EntschÃ¤digungsanspruch auslÃ¶sen, ergibt sich aus

der Entstehungsgeschichte sowie dem Sinn und Zweck des Â§Â 198 GVG. Die Gesetzesmaterialien fÃ¼hren insoweit aus, der fÃ¼r einen EntschÃ¤digungsanspruch maÃgebliche Tatbestand sei die Verletzung des Anspruchs eines Verfahrensbeteiligten aus ArtÂ 19 AbsÂ 4 GG, ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG und aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 EMRK auf Entscheidung seines gerichtlichen Verfahrens in angemessener Zeit (BT-Drucks 17/3802, SÂ 18). GegenÃ¼ber diesen Rechten, die sich nicht nur an das zur Entscheidung berufene Gericht, sondern maÃgeblich an die staatlich verfasste Gemeinschaft richten, kÃ¶nne sich der Staat nicht rechtfertigend auf UmstÃ¤nde innerhalb seines Verantwortungsbereichs berufen. Vielmehr mÃ¼sse er â alle notwendigen MaÃnahmenâ treffen, damit Gerichtsverfahren in angemessener Zeit beendet werden kÃ¶nnten (BT-Drucks 17/3802, SÂ 19). Im Umkehrschluss folgt daraus, dass das Verfahren verlÃ¤ngernde UmstÃ¤nde, die der Staat auch bei Ergreifen aller notwendigen MaÃnahmen nicht vermeiden kann, seine EntschÃ¤digungspflicht nicht begrÃ¼nden kÃ¶nnen (vgl BSG Urteil vom 24.3.2022 â Â BÂ 10Â ÃG 2/20Â RÂ â BSGE 134, 18 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 22, RdNrÂ 42; BFH Urteil vom 27.10.2021 â Â XÂ K 5/20Â â BFHE 274, 485 â Â juris RdNrÂ 33Â ff; LSG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 2.8.2023 â Â LÂ 11Â SF 269/22Â EKÂ ASÂ â juris RdNrÂ 49; vgl auch EGMR Urteil vom 16.7.2009 â Â 8453/04Â â juris RdNrÂ 53, der insoweit von â hÃ¶herer Gewaltâ spricht).

27
Einen solchen besonderen Fall von hÃ¶herer Gewalt stellte die Corona-Pandemie (auch) mit ihren Auswirkungen auf den laufenden Justizbetrieb in der Sozialgerichtsbarkeit jedenfalls in ihrer Anfangsphase dar.

28
Die Weltgesundheitsorganisation hatte am 11.3.2020 den weltweiten Ausbruch der durch das Corona-Virus SARS-Cov-2 ausgelÃ¶sten Covid-19-Erkrankungen zur Pandemie erklÃ¤rt. Dabei handelte es sich um ein auÃergewÃ¶hnliches und auch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispielloses Ereignis (so bereits BFH Urteil vom 27.10.2021 â Â XÂ K 5/20Â â BFHE 274, 485 â Â juris RdNrÂ 44). Am 25.3.2020 stellte der Deutsche Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite fest (Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 19/24 S 19169; s Â§Â 5 AbsÂ 1 SatzÂ 1 Infektionsschutzgesetz in der Fassung des am selben Tag vom Bundestag beschlossenen und nach Zustimmung des Bundesrats (BR-Drucks 151/20) drei Tage spÃ¤ter am 28.3.2020 in Kraft getretenen Gesetzes zum Schutz der BevÃ¶lkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 27.3.2020, BGBlÂ I 587).

29
Es bestand die Gefahr der Infektion vieler Menschen und infolgedessen einer Ãberlastung der gesundheitlichen Einrichtungen bei der Behandlung schwerwiegender FÃ¤lle, in denen die Erkrankung schlimmstenfalls zum Tod fÃ¼hren konnte (vgl BVerfG Beschluss vom 10.4.2020 â Â 1Â BvQ 28/20Â â juris RdNrÂ 13; BVerfG Beschluss vom 19.11.2021 â Â 1Â BvR 781/21Â uaÂ â BVerfGE 159, 223 â Â juris RdNrÂ 126Â â â BundesnotbremseÂ Iâ; vgl auch BVerfG Beschluss vom 19.11.2021 â Â 1Â BvR 971/21Â uaÂ â BVerfGE 159, 355

Â ff â□□Â juris RdNrÂ 155 â□□ â□□BundesnotbremseÂ IIâ□□). Zu dieser Bewertung gerade in der frÃ¼hen Phase der Pandemie gelangte auch das Robert-Koch-Institut (RKI). Die GefÃ¤hrdung fÃ¼r die Gesundheit der BevÃ¶lkerung in Deutschland wurde insgesamt als hoch eingeschÃ¤tzt, fÃ¼r Risikogruppen sogar als sehr hoch (vgl hierzu im Einzelnen die tÃ¤glichen Lageberichte des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 im hier relevanten Zeitraum MÃ¤rz 2020 bis Mai 2020 , online abrufbar beim RKI im Archiv der Situationsberichte des RKI zu COVID-19).

30
Als Reaktion hierauf wurden bundesweit auf der Grundlage des IfSG in schneller Folge unter Anpassung an das sehr dynamische und Ã¤uÃ□erst bedrohliche Infektionsgeschehen ab MÃ¤rz 2020 auch diverse bundes- und landesrechtliche MaÃ□nahmen zur EindÃ¤mmung der Ausbreitung des Corona-Virus und zum Schutz der BevÃ¶lkerung ergriffen. Die LÃ¤nder erlieÃ□en Corona-Schutzverordnungen, in denen sie die Einhaltung von AbstÃ¤nden regelten, Hygienevorschriften aufstellten, Ausgangs- und KontaktbeschrÃ¤nkungen erlieÃ□en sowie Veranstaltungen und Versammlungen weitgehend untersagten (vgl Kersten/Rixen, Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise, 2020, SÂ 20Â ff; BFH Urteil vom 27.10.2021 â□□Â XÂ K 5/20 Â â□□ BFHE 274, 485 â□□Â juris RdNrÂ 42).

31
Auch der Berliner Senat hat in rascher Folge eine Vielzahl solcher Corona-Schutzverordnungen erlassen. So wurden zu Beginn der Pandemie gemÃ¤Ã□ Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 der Verordnung Ã¼ber erforderliche MaÃ□nahmen zur EindÃ¤mmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin (SARS-CoV-2-EindmaÃ□nV) vom 17.3.2020 (GVBl 2020, 213) mit Wirkung vom 18.3.2020 zunÃ¤chst Ã¶ffentliche und nicht Ã¶ffentliche Veranstaltungen, Versammlungen und Ansammlungen mit mehr als 50 Teilnehmenden und sodann nur wenige Tage spÃ¤ter gemÃ¤Ã□ Â§Â 4 AbsÂ 1 der SARS-CoV-2-EindmaÃ□nV vom 22.3.2020 (GVBl 2020, 220) mWv 23.3.2020 schlieÃ□lich sogar ganz untersagt. Hiervon ausgenommen waren jedoch nach AbsÂ 2 der Vorschrift Veranstaltungen und ZusammenkÃ¼nfte, einschlieÃ□lich Sitzungen ua auch der Gerichte. Weiter ausdrÃ¼cklich mÃ¶glich waren zudem noch ua die Wahrnehmung dringend erforderlicher Termine bei Gerichten und Rechtsantragstellen (Â§Â 14 AbsÂ 3 BuchstÂ n SARS-CoV-2-EindmaÃ□nV idF vom 22.3.2020).

32
Ausgehend von dieser Verordnungslage zu KontaktbeschrÃ¤nkungen zum Schutz der BevÃ¶lkerung zwecks EindÃ¤mmung der Ausbreitung des potentiell tÃ¶dlichen Corona-Virus hatte auch das Ausgangsgericht darÃ¼ber zu entscheiden, in welchem Umfang und in welcher Weise die gerichtlichen Verfahren wÃ¤hrend der Pandemie weiterbetrieben werden. Die exemplarisch genannten normativen MaÃ□nahmen betrafen â□□Â schon mit Blick auf die durch ArtÂ 97 AbsÂ 1 GG im Interesse einer geordneten Rechtspflege geschÃ¼tzte richterliche UnabhÃ¤ngigkeitÂ â□□ zwar nicht unmittelbar die richterliche TÃ¤tigkeit, beeinflussten aber neben der FunktionsfÃ¤higkeit auch die Erreichbarkeit des Gerichts vor allem fÃ¼r Bedienstete und Verfahrensbeteiligte.

33
Nach den tatsÃ¤chlichen Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts (Â§Â 163 SGG) wurden in Berlin ab MÃ¤rz 2020 von den Gerichten SchutzmaÃnahmen fÃ¼r Bedienstete und Verfahrensbeteiligte getroffen. Es wurde ein Notbetrieb unter vorÃ¼bergehender weitgehender Einstellung des Sitzungsbetriebs eingerichtet. Der regulÃ¤re Gerichtsbetrieb konnte erst nach der Erstellung von Hygiene- und Schutzkonzepten stufenweise ab Mai 2020 wieder aufgenommen werden (vgl fÃ¼r das SG Berlin und weitere Gerichte des beklagten Landes auch die Ãbersicht in Votum 2/2020, herausgegeben vom Deutschen Richterbund Landesverband Berlin, 3Â ff; sÂ exemplarisch zudem Pressemitteilungen des PrÃ¤sidenten des Kammergerichts Berlin NrÂ 16/2020 vom 17.3.2020, NrÂ 24/2020 vom 14.4.2020, NrÂ 28/2020 vom 27.4.2020 und NrÂ 30/2020 vom 7.5.2020; Pressemitteilung NrÂ 14/20 der PrÃ¤sidentin des Landesarbeitsgerichts Berlin vom 19.3.2020; Pressemitteilung NrÂ 10/2020 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20.3.2020, alle online abrufbar bei den genannten Gerichten; vgl zu den EinschrÃ¤nkungen im Rechtsprechungsbetrieb der Sozialgerichte ab MÃ¤rz 2020 durch die Pandemie allgemein HÃ¶land/Welti, info also 2022, 249, 251Â ff).

34
Dass es in dieser besonderen Zeit von MÃ¤rz bis Mai 2020 im vorliegenden Ausgangsverfahren zu einer dreimonatigen gerichtlichen UntÃ¤tigkeit gekommen ist, ist hinzunehmen. Vor dem Hintergrund der auÃergewÃ¶hnlichen und neuartigen Gefahrenlage hatten der JustizgewÃ¤hrungsanspruch aus ArtÂ 19 AbsÂ 4 SatzÂ 1, ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG einschlieÃlich des Anspruchs auf Rechtsschutz in angemessener Zeit aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 EMRK fÃ¼r diesen begrenzten Zeitraum in der frÃ¼hen Phase der Corona-Pandemie hinter der ErfÃ¼llung der staatlichen Schutzpflicht fÃ¼r Leben und kÃ¶rperliche Unversehrtheit der BevÃ¶lkerung aus ArtÂ 2 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG zurÃ¼ckzustehen. GrundsÃ¤tzlich obliegt es den BundeslÃ¤ndern, in ihrem ZustÃ¤ndigkeitsbereich bei einer generell vorhersehbaren besonderen Situation (wie zB bei Erkrankung des Gerichtspersonals) fÃ¼r eine hinreichende materielle und personelle Ausstattung der Gerichte zu sorgen, damit diese ihrem Rechtsprechungsauftrag in einer Weise nachkommen kÃ¶nnen, die den Anforderungen des ArtÂ 19 AbsÂ 4 SatzÂ 1 GG genÃ¼gt (BSG Urteil vom 24.3.2022 â□Â BÂ 10Â ÃG 2/20Â RÂ â□ BSGE 134,18 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 22, RdNrÂ 44 mwN). Bei unvorhergesehenen und auÃergewÃ¶hnlichen Entwicklungen gilt dies aber nicht in gleicher Weise. Gerade in der frÃ¼hen Phase der Corona-Pandemie sprach alles dafÃ¼r, dass die mit einer unkontrollierten Ausbreitung der Pandemie verbundene Gefahr der Ãberbelegung von Behandlungskapazitäten insbesondere in KrankenhÃ¤usern und damit auch ein Zusammenbruch des Gesundheitssystems mit zahlreichen TodesfÃ¤llen auf dem Boden der damals mÃ¶glichen Gefahrenprognose nur dadurch vermieden werden konnte, dass die Ausbreitung der hoch infektiÃ¶sen und potentiell tÃ¶dlichen Erkrankung durch eine mÃ¶glichst weitgehende Verhinderung von Kontakten verlangsamt wurde (vgl BVerfG Beschluss vom 10.4.2020 â□Â 1Â BvQ 31/20Â â□ juris RdNrÂ 15 unter Hinweis auf das RKI; vgl in diesem Kontext auch die tÃ¤glichen Lageberichte des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 im hier relevanten Zeitraum MÃ¤rz 2020 bis Mai 2020, online abrufbar beim RKI im Archiv der Situationsberichte des RKI zu COVID-19; vgl insoweit auch BVerfG Beschluss vom 1.5.2020

â□□Â 1Â BvQ 42/20Â â□□ juris RdNrÂ 10 und BVerfG Beschluss vom 10.4.2020 â□□Â 1Â BvQ 28/20Â â□□ juris RdNrÂ 13; BVerfG Beschluss vom 11.11.2020 â□□Â 1Â BvR 2530/20Â â□□ juris RdNrÂ 15Â f). Das Grundrecht auf Leben und kÃ¶rperliche Unversehrtheit aus ArtÂ 2 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG bedingt eine allgemeine staatliche Schutzpflicht, sich schÃ¼tzend und fÃ¶rdernd vor diese RechtsgÃ¼ter zu stellen (BVerfG Beschluss vom 20.5.2021 Â 1Â BvR 928/21Â juris RdNrÂ 17; BVerfG Beschluss vom 26.7.2016 â□□Â 1Â BvL 8/15Â â□□ BVerfGE 142, 313 â□□Â juris RdNrÂ 69 mwN). Bei der ErfÃ¼llung dieser Schutzpflicht kommt den staatlichen Stellen und damit auch den Gerichtsleitungen ein erheblicher EinschÃ¤tzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum zu (vgl BVerfG Beschluss vom 19.5.2020 â□□Â 2Â BvR 483/20Â â□□ juris RdNrÂ 8 mwN), der nur bei Unterlassung von Schutzvorkehrungen oder offensichtlich ungeeigneten oder vÃ¶llig unzulÃ¤nglichen MaÃ□nahmen verletzt ist (vgl BVerfG Beschluss vom 12.5.2020 â□□Â 1Â BvR 1027/20Â â□□ juris RdNrÂ 7 mwN).

35
Diese Schutzpflicht ist vorliegend aus der erforderlichen ex-ante-Betrachtung heraus nicht verletzt, sondern hat die Gerichtsleitungen aller Sozialgerichte vielmehr verpflichtet, nach ihrer situativen EinschÃ¤tzung die oben genannten oder vergleichbare pandemiebedingt notwendige Schutzvorkehrungen zu treffen, um mÃ¶gliche Folgeinfektionen unzÃ¤hliger Menschen mit dem potentiell tÃ¶dlichen Virus zu verhindern und damit auch der Gefahr einer Ã□berlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken (vgl BVerfG Beschluss vom 10.4.2020 â□□Â 1Â BvQ 28/20Â â□□ juris RdNrÂ 13Â f). Wie bereits der BFH in seinem Urteil vom 27.10.2021 (XÂ K 5/20Â â□□ BFHE 274, 485 â□□Â juris RdNrÂ 45) festgestellt hat, kann insoweit nicht von einem Organisationsverschulden der JustizbehÃ¶rden ausgegangen werden. Sie waren insbesondere in dieser frÃ¼hen Phase der Corona-Pandemie nicht dazu verpflichtet, im Hinblick auf eine â□□Â weder in ihrem Eintritt noch in ihren Wirkungen vorhersehbareÂ â□□ pandemische Lage Vorsorge fÃ¼r die Aufrechterhaltung einer stets uneingeschrÃ¤nkten Rechtspflege zu treffen.

36
Nach alledem hÃ¤lt es der Senat â□□Â insoweit in grundsÃ¤tzlicher Ã□bereinstimmung mit dem EntschÃ¤digungsgerichtÂ â□□ angesichts der geschilderten pandemiebedingten Risiken und UnwÃ¤gbarkeiten fÃ¼r angemessen, den Sozialgerichten mit Beginn des ersten Corona-Lockdowns im MÃ¤rz 2020 eine dreimonatige Frist zuzubilligen, die im Interesse des Gesundheitsschutzes insbesondere von GerichtsangehÃ¶rigen und Verfahrensbeteiligten notwendigen Schutzvorkehrungen zur Verringerung des Ã□bertragungs- und Ansteckungsrisikos mit dem (damals noch) neuartigen und potentiell tÃ¶dlichen Coronavirus SARS-CoV2 umzusetzen, um diese sowie auch die weitere BevÃ¶lkerung zu schÃ¼tzen und mit den getroffenen SchutzmaÃ□nahmen dazu beizutragen, die mit einer unkontrollierten Ausbreitung der Pandemie verbundenen weitreichenden Gefahren zu verhindern. EntschÃ¤digungsrechtlich sind die dadurch innerhalb dieser dreimonatigen â□□Schutzfristâ□□ eingetretenen VerzÃ¶gerungen im Verfahrensablauf nicht der staatlichen VerantwortungssphÃ¤re und damit auch nicht derjenigen der Sozialgerichte zuzurechnen, selbst wenn sich dies als Ursache nicht unmittelbar aus den Akten des jeweiligen Ausgangsverfahrens entnehmen

lÃ¤sst. Das gilt unterschiedslos und generell fÃ¼r alle wÃ¤hrend dieses Zeitraums verursachten VerzÃ¶gerungen im Sitzungs- oder GeschÃ¤ftsbetrieb der Gerichte. Denn auch eine Bearbeitung im schriftlichen Verfahren fÃ¼hrt zu ArbeitsablÃ¤ufen in der GeschÃ¤ftsstelle, die im Interesse der weitgehenden Kontaktvermeidung zur Sicherstellung des Gesundheitsschutzes reduziert und fÃ¼r diesen sehr begrenzten Zeitraum in der frÃ¼hen Phase der Pandemie angesichts der damaligen auÃergewÃ¶hnlichen und neuartigen Gefahrenlage fÃ¼r die gesamte BevÃ¶lkerung auf besonders eilige oder wichtige Verfahren beschrÃ¤nkt werden durften.

37
Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 1 VwGO und berÃ¼cksichtigt das vollstÃ¤ndige Unterliegen des KlÃ¤gers in beiden Instanzen.

38
Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren ergibt sich aus Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 1 AbsÂ 2 NrÂ 3, Â§Â 47 AbsÂ 1 SatzÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 1 und 3 SatzÂ 1, Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GKG. Er entspricht der vom EntschÃ¤digungsgericht ausgeurteilten EntschÃ¤digungssumme, die der Beklagte mit seiner Revision insgesamt zum Streitgegenstand gemacht hat.

Erstellt am: 28.10.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024